

**„Das Thema Tempelhof“ informiert,
Newsletter vom 23.04.08**

**Tempelhof bewegt die Bundespolitik.
Merkel, Steinmeier, Wowereit und Künast
äußern sich zu THF.**

„Das Thema Tempelhof“ (DTT) hat sich in der Vergangenheit weitgehend zurückgehalten, wenn es um Äußerungen der Politik ging. Denn wir wollen sachliche und fachliche Information betreiben.

Diesmal aber müssen wir die vornehme Zurückhaltung aufgeben. Denn die Größen der deutschen Politik haben gesprochen. Kanzlerin Merkel begann, und die anderen antworteten.

Wir kommentieren einige der Aussagen. Dazu verwenden wir als Basis den Artikel der Berliner Zeitung vom 19.4.2008:

BERLIN. Mit einem überraschenden Plädoyer für den Weiterbetrieb des Berliner Innenstadt-Flughafens Tempelhof hat sich Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) am Freitag massive Kritik zugezogen. Merkel hatte zur Teilnahme am Volksentscheid über Tempelhof am 27. April aufgerufen und sich ausdrücklich gegen die Haltung des rot-roten Senats gewandt, der den Flughafen schließen will: „Der Weiterbetrieb von Tempelhof ist nicht nur von Bedeutung für Wirtschaft und Arbeitsplätze; der Flughafen ist für viele und für mich persönlich mit der Luftbrücke ein Symbol der Geschichte dieser Stadt“, sagte Merkel.

**Kommentar DTT
Die Kanzlerin hat Recht.**

Berliner Zeitung:
Vizekanzler Frank Walter Steinmeier (SPD) wies den Vorstoß der Kanzlerin zurück. „Was Berlin braucht, ist vor allem ein international konkurrenzfähiger Großflughafen“, sagte Steinmeier der Berliner Zeitung.

Kommentar DTT:
Steinmeier hat Recht. Diese Aussage ist aber zunächst einmal kein Zurückweisen des Vorstoßes der Kanzlerin.

Steinmeier weiter:

Um Schönefeld sei lange gerungen worden, der Planfeststellungsbeschluss hänge an der mittelfristigen Schließung von Tempelhof und Tegel. „Ich kann Fürsprache für die Aufrechterhaltung des Betriebs in Tempelhof verstehen, aber es wäre unverantwortlich, sehen den Augen neue Risiken für den internationalen Großflughafen Berlin-Brandenburg einzugehen“, sagte Steinmeier.

Kommentar DTT:

Steinmeier macht sich hier was zu eigen, was von der SPD bislang niemals belegt wurde und von den Befürwortern Tempelhofs vehement bestritten wird: Die „Gefährdung“ des Baus oder des BBI an sich. SPD und andere haben immer nur von „könnte“ oder „würde vielleicht gefährden“ gesprochen. Die einfache Frage, wer vor welchem Gericht mit welcher Begründung klagen würde oder überhaupt auch nur klagen könnte – und dieses ist nun einmal für eine „Gefährdung“ erforderlich – wurde bislang von niemand beantwortet. Tatsache ist, dass der BBI letztinstanzlich rechtskräftig planfestgestellt ist – was alle Seiten bestätigt haben. Und dass die Planfeststellungsbehörde in Brandenburg ihre eigene Planfeststellung aus Frust über Tempelhof zurückzieht, ist ausgeschlossen.

Berlins Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD) reagierte verärgert auf Merkels Vorstoß. Jetzt sei klar, dass es der CDU um eine Parteikampagne gehe, sagte er. Es sei ein starkes Stück, wenn die Kanzlerin sich dafür einspannen lasse.

Kommentar DTT:

Wir erinnern Klaus Wowereit daran, dass die Flughafengesellschaft nicht ihm allein gehört. Der Bund ist mit 26% beteiligt. Die Kanzlerin ist also die oberste Repräsentantin eines der drei Gesellschafter der Flughafengesellschaft. Sie hat damit jederzeit das Recht, ja sogar die Pflicht, sich zu einem Vorgang zu äußern, der von der Flughafengesellschaft ausgelöst wurde, nämlich der Schließung von Tempelhof. Interessant ist außerdem, dass sich Finanzminister Steinbrück ebenfalls pro Tempelhof positioniert hat. Ihm kann man wohl kaum unterstellen, dass er sich „für die Parteikampagne der CDU einspannen lässt“. Der Finanzminister ist übrigens der Vertreter des Anteilseigners „Bund“ bei der Flughafengesellschaft. Auch er hat also ein besonderes Recht, sich zu äußern.

Wowereit weiter:

Merkel habe nun „jede Glaubwürdigkeit verspielt“, da sie es selbst abgelehnt habe, etwa die Flugbereitschaft des Bundes in Tempelhof zu stationieren.

Kommentar DTT

Wenn die Kanzlerin aus nachvollziehbaren Gründen die Flugbereitschaft nicht in Tempelhof stationieren wollte, sich nun aber zu der generellen Offenhaltung äußert, geht Wowereits Vorwurf völlig fehl. Glaubwürdigkeit erlangt man dadurch, dass man veränderte Gegebenheiten unvoreingenommen analysiert – ein Charaktermerkmal, das die Berliner Bevölkerung bei Klaus Wowereit schmerzlich vermisst.

Wowereit weiter:

Auch habe der Bund als Miteigentümer des Fluggeländes die Schließungspläne in allen Gremien mitgetragen.

Kommentar DTT

Wowereit hat Recht. Aber auch hier ist es der Kanzlerin unbenommen, neue Überlegungen anzustellen.

Die Fraktionschefin der Grünen im Bundestag, Renate Künast, sagte dieser Zeitung: „Dass Merkel auf den bodenlosen Populismus der Berliner CDU einsteigt, ist eine Unverschämtheit. Das darf man ihr nicht durchgehen lassen.“

Kommentar DTT

Die Wortwahl von Frau Künast reicht eigentlich für eine Beurteilung aus. Der CDU „bodenlosen Populismus“ zu unterstellen, ist falsch. Die CDU hat den Weiterbetrieb von Tempelhof für richtig erkannt und setzt sich dafür ein. Dass die Grünen mit ihrer Strategie, den Luftverkehr grundsätzlich zu verdammen, nicht beim Volk ankommen, sollte sie nicht verleiten, alle, die für den Luftverkehr eintreten, zu verketzern.

Künast weiter:

Wenn sie als Kanzlerin für den Erhalt von Tempelhof eintritt, müsste sie im Kabinett sagen, wir kippen unser Gesamtkonzept zum Großflughafen BBI und begraben Milliarden Euro und Hunderte von Arbeitsplätzen.“

Kommentar DTT

Es gilt hier dasselbe, wie schon oben gesagt. Niemand will den Großflughafen kippen, niemand Milliarden Euro und Hunderte (waren es nicht eigentlich 40.000, Frau Künast?) Arbeitsplätze begraben. Der BBI wird gebaut, die Arbeitsplätze ergeben sich weitgehend bis zu Eröffnung. Der Beleg, dass die Offenhaltung von Tempelhof dieses alles gefährdet, ist bislang niemand

gelingen. Er gelingt auch nicht einfach dadurch, dass man dramatische Formulierungen benutzt. Die Befürworter von Tempelhof wollen vielmehr, dass der BBI profitabler wird, weil dann dort die kleinen Flugzeuge nicht die Großen belästigen. Was Frau Künast aufgrund ihrer ideologischen Ausrichtung der Verneinung von Wachstum im Flugverkehr nicht sieht – nicht sehen will, ist, dass der BBI aufgrund seiner nur zwei Landebahnen absehbar in Kapazitätsengpässe gerät. Dieser Vorgang kann durch die Auslagerung der kleinen Flugzeuge nach Tempelhof vermieden werden. Und dieses schafft in der Tat Hunderte von Arbeitsplätzen.

Künast weiter:

Man müsse endgültig am wirtschaftspolitischen Verstand Merkels zweifeln, sagte Künast.

DTT

Das genaue Gegenteil ist der Fall. Dieser Tatbestand ist für Frau Künast allerdings nicht nachvollziehbar. Die Verknüpfung der Begriffe BBI, zwei Bahnen, Auslastung, Wachstum, Passagierzahlen, Erträge, Störung der großen Flugzeuge durch die Kleinen, bedarf in der Tat des wirtschaftspolitischen Verstandes, den wir Frau Künast gerne wünschen würden.

Berliner Zeitung weiter:

Der Senat aus SPD und Linkspartei will den Flugbetrieb Ende Oktober einstellen – unabhängig vom Votum des Volksentscheids. Er macht vor allem rechtliche Argumente geltend. Eine Offenhaltung gefährde die Planungsgrundlage des im Bau befindlichen Großflughafens.

DTT

Es gibt einen überraschend einfachen Weg, um auch nur mikroskopische Spuren einer „Gefährdung“ zu vermeiden:

Die Schließung von Tempelhof wird dann vollzogen, wenn sich in den kommenden Jahren bis 6 Monate nach Inbetriebnahme des BBI ergibt, dass

- a. Tempelhof nicht gebraucht wird und/oder**
- b. ein Weiterbetrieb nach diesem Termin rechtlich nicht möglich ist.**

Diese Terminsetzung ist rechtlich völlig unbedenklich, da sie von der Planfeststellung nicht berührt wird. An der Klärung dieser beiden Tatbestände arbeiten alle Seiten unvoreingenommen mit.

Die vorgezogene Schließung am 31.10.2008 kann mit einer „Gefährdung“ des BBI keinesfalls begründet werden. Dieses ist allen Beteiligten bekannt und auch von allen Beteiligten so bestätigt worden. Eine andere Darstellung ist unseriös und sachlich falsch.

Wir fordern den Senat auf, den Schließungsbescheid für den Flughafen Tempelhof aufzuheben und den Flughafen Tempelhof im Landesentwicklungsplan Flughafenstandortentwicklung (LEP FS) als dauerhaften Ergänzungsflughafen vorzusehen!

Mit den besten Grüßen, Ihr Thema Tempelhof-Team

© www.das-thema-tempelhof.de: Textzitate sind nur aufgrund der vollständigen Quellenangabe zulässig.

Kontakt:

Wolfgang Przewieslik, 0176-223 550 70, 030-231 30 318,
info@das-thema-tempelhof.de

Aktueller Programmhinweis:

Am 25.04.2008 informieren Christian Schirmmacher und Wolfgang Przewieslik im Radioprogramm des OKB, www.studio54-on-air.de, von 21-22 Uhr, zum bevorstehenden Volksentscheid.

97,2 MHz (UKW), 92,6 MHz, Berliner Kabelnetz und als Stream abrufbar unter www.okb.de!